



Johannes Vogel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der AG Arbeit und Soziales der FDP-Bundestagsfraktion
Generalsekretär der Freien Demokraten NRW



Otto Fricke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Job-Offensive für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft hat mit der größten Wirtschaftskrise seit Beginn der Bundesrepublik zu kämpfen. Die Rezession in der europäischen Wirtschaft ist sogar noch tiefer als zu Anfang befürchtet. Die Kurzarbeit liegt auf ungeahnten Höhen und auch darüber hinaus kommt die Krise zunehmend am Arbeitsmarkt und damit im Leben der Bürgerinnen und Bürger an. Bereits nach weniger als drei Monaten Krise gibt es über eine halbe Million Arbeitslose mehr. Hinter jeder dieser Zahlen stehen Menschen und ihre Existenzen. Mit Blick auf den Herbst und das Ende der verlängerten Insolvenzfrist droht sich die Situation dramatisch zu verschärfen. Wir müssen und können diesem Szenario noch viel entschlossener entgegensteuern.

Alle Maßnahmen der Bundesregierung am Arbeitsmarkt zielen bisher auf die Sicherung bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Das ist gut, aber wahrlich nur die halbe Miete, denn der Einbruch der Arbeitskräftenachfrage ist der stärkste seit Beginn der Aufzeichnung. Es entstehen viel zu wenig neue Jobs. Wenn nicht auch hier entschlossen gegengesteuert wird, kommt es zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt, gerade in einer wackeligen Konjunktursituation. Wir brauchen deshalb dringend ein Paket für neue Jobs und schlagen dazu fünf konkrete, unmittelbar wirksame Maßnahmen vor:

- **Jump Start für Arbeitsplätze:** Normalerweise werden jedes Jahr in Deutschland viele Millionen neue Arbeitsverträge geschlossen. Aber dieses Jahr werden es erheblich weniger sein. Um diesem Trend etwas Kraftvolles entgegenzusetzen, sollen deshalb neue Arbeitsplätze gezielt gefördert werden. Bei allen Neueinstellungen bis Jahresende sollen die Unternehmen für ein halbes Jahr von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden, indem diese aus dem Bundeshaushalt übernommen werden. Diese Entlastung kann zeitweise auch an die Stelle anderer arbeitsmarktpolitischer Instrumente treten und so die Beschäftigung noch effizienter fördern. Ausgeschlossen sind Neueinstellungen, bei denen erst kürzlich ein Beschäftigungsverhältnis beim selben Arbeitgeber beendet wurde.
- **Investitionen in die Jobs der Zukunft leichter machen:** Unternehmen halten sich derzeit mit Investitionen zurück. Genau jetzt ist es aber wichtig, in die Erneuerung zu investieren. Deshalb sollten wir diese durch die Verbesserung von Abschreibungsbedingungen fördern, was dann wiederum Beschäftigung nach sich zieht. Dazu muss es eine vollumfängliche degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter, eine degressive Abschreibung für Immobilien und vor allem bessere Abschreibungsbedingungen für digitale Wirtschaftsgüter geben.
- **Keine zusätzlichen Einstieghürden, kein Talentstopp:** Alle im Koalitionsvertrag noch vorgesehenen zusätzlichen Arbeitsmarkthürden müssen konsequent weggeräumt werden. Denn sonst leiden gerade die, die es am Arbeitsmarkt schwer haben. Union und SPD planen durch weitere Regulierungen im Teilzeit- und Befristungsrecht, Neueinstellungen zu erschweren. Alle derartigen Planungen müssen sofort fallengelassen werden, denn das wäre reines Gift in der Krise. Auch Überlegungen in

der Unionsfraktion, jetzt die Zuwanderung von Fachkräften stärker einzuschränken, sind ein fatales Signal, denn qualifizierte Fachkräfte machen unsere Unternehmen innovativer und schaffen neue Arbeitsplätze. Einen Talentstopp darf es nicht geben.

- **Bürokratiechaos vermeiden, Arbeitszeitdokumentation sauber regeln:** Der Europäische Gerichtshof hat geurteilt, dass die Arbeitszeit systematisch dokumentiert werden muss. Von der Bundesregierung gibt es bisher keinerlei Aussage, was das für deutsche Unternehmen und ihre Beschäftigten bedeutet. Diese Unsicherheit muss weg. Wir brauchen schnellstens eine neue Regelung, sonst droht eine massive Ausweitung der Auszeichnungspflichten, die Unternehmer wie Beschäftigte nur von der eigentlichen Arbeit abhält.
- **Insolvenzen gesunder Geschäftsmodelle verhindern:** Ausgerechnet der verbesserte steuerliche Verlustverrechnung wurde von Union und SPD gedeckelt und befristet. Als unmittelbare Liquiditätsspritze, die zielgenau den Unternehmen hilft, die eigentlich gesund aber jetzt von der Krise besonders betroffen sind, führen wir eine „Negative Gewinnsteuer“ ein.